



**Pressemitteilung vom 10. Juni 2004**

***Nationaler Aktionsplan gegen Armut und sozialen Ausschluss  
Eine fällige Debatte im Nationalrat***

Anlässlich der laufenden Sommersession des Parlaments fordert die Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz dringend, dass der Nationalrat die von Paul Rechsteiner und zwanzig andern Nationalräten vor einem Jahr eingereichte Motion über einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut während seiner Herbstsession behandeln soll.

In seiner Stellungnahme hat der Bundesrat die Prüfung dieses Vorschlags der nationalen Armutskonferenz vom 23. Mai 2003 für sinnvoll erachtet. Er wurde von Vertretern verschiedener Organisationen übernommen, wie der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, der Städteinitiative Sozialpolitik, der Caritas, dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH. Armut und sozialer Ausschluss bedrohen die Demokratie und verhindern den vollen Respekt der Menschenrechte für alle.

Hans-Peter Furrer, Präsident der Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz, meint, dass die Erarbeitung eines solchen nationalen Plans dem sozialen Dialog und der sozialen Zusammenarbeit in der Schweiz eine neue Dynamik verschaffen könnte. Er sollte es erlauben, auf drei Gebieten voranzukommen:

In erster Linie sollte er der erlebten Realitäten von Hunderttausenden von Personen, Familien und Kindern Rechnung tragen, die keinen Zugang zu einer guten Grundausbildung, zu Arbeit und Kultur, zu den für ein Leben in Würde notwendigen Mitteln, zu einer anständigen Wohnung, zu guter Gesundheitsversorgung und zu einer respektvollen Unterstützung der Familie und der Kinder haben. Der Plan muss eine langfristige und themenübergreifende Politik fördern, welche den verschiedenen Dimensionen von Armut und sozialem Ausschluss gerecht wird.

Zweitens sollte ein solcher Plan in enger Zusammenarbeit mit der von Armut betroffenen Bevölkerung ausgearbeitet werden. Denn nur eine solche Partnerschaft kann dem Plan eine dauerhafte Wirkung verleihen. Es geht hier um einen neuen demokratischen Ansatz, die lange Tradition der Vernehmlassungsverfahren des Bundes sinnvoll fortzusetzen.

Drittens sollte ein solcher Plan zu einer konzertierten und regelmässig ausgewerteten Politik führen, welche nicht nur die Behörden auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene mobilisiert, sondern auch die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft – nicht zuletzt die Armutsbetroffenen selber.

**Pressekontakt: Ursula Jomini 026 413 11 66 / vierte-welt@bluewin.ch**